

Johano Strasser

Volksvertreter, Räte, Technokraten, Charismatiker und Populisten:  
Wer weist einen Weg aus der Krise der Repräsentativität?

Wachsende Nichtwählerzahlen, Frust über „die da oben“ und Demokratiemüdigkeit bei „denen da unten“, Protestbewegungen, die eben so plötzlich auftreten, wie sie wieder zerfallen, Ratlosigkeit in den Volksparteien, die ahnen, dass sie längst nicht mehr sind, was sie zu sein vorgeben – all dies sind Krisenphänomene in einer Gesellschaft, die sich von ihren Politikern zunehmend weniger vertreten sieht. Nostalgische Vergleiche mit den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik, als die großen Volksparteien zusammen regelmäßig 80 Prozent der Stimmen erhielten und die Wahlen so gut wie immer klare Mehrheiten erbrachten, liegen da nahe.

Aber die Krise der repräsentativen Demokratie ist, genau besehen, so alt wie ihr Anspruch, das Volk als ganzes zu vertreten. In der griechischen Polis, auf die Hannah Arendt sich bei ihrem Entwurf eines politischen Gemeinwesens gern bezog, konnten die auf der Agorá versammelten Freien sich noch ganz ungeniert zum *Demos* erklären und damit das Problem der Repräsentation definitorisch, d.h. durch schlichte Ausklammerung der Sklaven und zum Teil auch der Banausen, lösen. Die Sklaven galten einfach nicht als Menschen im Vollsinn des Wortes; sie wurden eher dem Vieh zugerechnet. Aber seit den ersten Anfängen der liberal-repräsentativen Demokratie Ende des 18. Jahrhunderts blieben alle Versuche des Besitzbürgertums, sich selbst und anderen mit Hilfe des Zensuswahlrechts ein parlamentarisch repräsentiertes homogenes *Volk* vorzutäuschen, wenig überzeugend. Der großen Mehrheit des Volkes, dem *vierten Stand*, konnte auf Dauer das Wahlrecht und damit eine zumindest der Intention nach proportionale Repräsentation in den Volksvertretungen ebenso wenig vorenthalten werden wie heute den Frauen, wenn man die liberale Rhetorik von Freiheit und Gleichheit halbwegs ernst nimmt.

Freilich zeigte sich schon bald, dass der deliberative Charme der liberal-repräsentativen Demokratie, der sich in der argumentativen Erörterung des Gemeinwohls auf der parlamentarischen Agora am eindrucksvollsten entfaltete, vor allem ihrem anfänglich ziemlich homogenen Klassencharakter verdankte. Sobald sich innerhalb des Bürgertums die Interessenunterschiede zwischen Großkapital und Mittelstand verschärften und erst recht als durch das Anwachsen der Arbeiterbewegung und die von ihr erzwungene Ausweitung des Wahlrechts schließlich auch Land- und Industriearbeiter Subjekte der Politik wurden, geriet die Politik immer mehr zum Kampf organisierter Interessen. Von einer allen Parlamentariern gemeinsamen Vorstellung vom *Gemeinwohl* konnte nun keine Rede mehr sein. Und weil die Parteien konkurrierende Vorstellungen vom Gemeinwohl vertraten, wenn sie nicht überhaupt nur ihre eigennützigen Partialzwecke verfolgten, konnte man sich auch von der argumentativen Erörterung im Parlament keine wirkliche Lösung der politischen Probleme mehr versprechen. Vielmehr ging es nun immer öfter um ein *Do ut des* zwischen den organisierten Interessengruppen.

Politik wurde immer mehr zu einem gruppenegoistischen Aushandlungsprozeß, der am erfolgreichsten betrieben werden konnte, wenn man die Öffentlichkeit mied. Solange die Politik sich weitgehend auf den Rahmen der parlamentarischen Demokratie beschränkte und nicht zum offenen Straßenkampf wurde, verlagerten sich daher nun die sehr viel komplizierter gewordenen politischen Entscheidungen immer mehr von der parlamentarischen Agora ins Dickicht der Lobby, der Ausschüsse und partei- bzw. koalitionspolitischen Kungelrunden. Gleichzeitig wurde die Enthüllung der hinter der politischen Rhetorik verborgenen Tauschgeschäfte zur Lieblingsbeschäftigung eines neuen Typs von Skandalpresse, deren Berichte, obwohl im Gestus der Aufklärung vorgebracht, bei einem mehrheitlich voraufklärerischen Publikum wesentlich zur Delegitimierung des Parlamentarismus beitrugen.

Diese sich früh abzeichnende Entwicklung stellt die klassische liberale Vorstellung von Demokratie grundsätzlich in Frage, als ihre Anhänger zumeist zugeben mögen, und zwar aus zwei Gründen. Zum einen bedarf die Politik der Öffentlichkeit, um sich als Sphäre der Freiheit zu legitimieren. Zum anderen hat die Überzeugung, dass Mehrheitsentscheidungen im großen und ganzen vernünftiger und dem Gemeinwohl zuträglicher sind als die Entscheidungen eines absoluten Monarchen oder eines Diktators, nur dann eine gewisse Plausibilität, wenn das Für und Wider in freier und öffentlicher Diskussion zur Sprache gebracht wird und sich die unterschiedlichen Meinungen vor den Augen des Publikums aneinander abarbeiten müssen. Erfolgen die Aushandlungsprozesse aber im wesentlichen unter Ausschluß der Öffentlichkeit und dient die Diskussion im Parlament schließlich nur noch dazu, längst anderwärtig getroffene Entscheidungen öffentlich „registrieren zu lassen“, wie es später Leibholz kritisierte, dann verschwindet das eigentlich Politische aus den Parlamenten und verliert sich in Formen bürokratischer Herrschaft.

In Deutschland hat die hier skizzierte bürokratische Entartung der liberalen Demokratie schon früh eine Kritik auf sich gezogen, die schließlich zu einer breiten Abwendung vom westlich-liberalen Demokratiemodell und in die Katastrophe des Nationalsozialismus führte. Während Max Weber einen Ausweg aus dem von ihm konstatierten Scheitern des liberal-repräsentativen Demokratiemodells noch in dem „charismatischen Parteiführer“ angelsächsischen Musters erblickte, der eine emotionale Bindung breiter Volksmassen an das von allen partizipatorischen Momenten gereinigte System der parlamentarischen Demokratie sicherstellen sollte, kam Carl Schmitt zu dem radikaleren Schluß, dass nur ein mit diktatorischen Vollmachten ausgestatteter „Führer“ das „pluralistische Auseinanderbrechen des parlamentarischen Gesetzgebungsstaates“ und die sich weitende Kluft zwischen Volk und Staat überwinden könne. Folgerichtig begrüßte er die nationalsozialistische Machtergreifung und die damit verbundene Ersetzung des *demos* durch den *ethnos* als Weg aus der Krise des Liberalismus.

Daß die Einschätzung Carl Schmitts in diesem Punkte falsch, seine kurzschlüssige Befürwortung der Nazi-Diktatur verhängnisvoll war, wird heute nur noch von wenigen bestritten. Wenn dennoch in den 80er Jahren sogar gelegentlich eher linke Theoretiker wieder an Carl Schmitt anknüpften, so vor allem, weil sich seine Analyse des Liberalismus kritisch gegen die Verbindung von Kapitalismus und liberaler Demokratie wenden läßt. In der Tat zeigte sich nämlich in den Jahrzehnten der zweiten deutschen Demokratie nach 1945 alsbald, dass das Problem mangelnder Repräsentativität auch im modernen Parteienstaat nicht wirklich gelöst war. Immerhin stammt ja die zitierte Kritik von Gerhard Leibholz am Bedeutungsverlust des Parlaments aus dem Jahre 1958. Ähnlich wie vor ihm Leibholz beklagte auch Wilhelm Hennis 1965 einen „Prozeß der Entmachtung und Entleerung des Bundestags“ und Johannes Agnoli kam 1967 in dem Buch *Die Transformation der Demokratie* zu dem Ergebnis, das politische System der Bundesrepublik nehme immer mehr „die Form eines korporatistischen Blocks“ an, in dem die „scheinhafte Pluralität von Parteien“ wie eine „Einheitspartei“ funktioniere.

Heute registrieren wir ein verbreitetes Unbehagen bezüglich der Leistungsfähigkeit, Legitimität und Repräsentativität unserer parlamentarischen Demokratie. Dies äußert sich in der populären und populistischen Ansicht, dass *die da oben* machen, was sie wollen, ohne auf die Bürger Rücksicht zu nehmen. Es findet aber auch Eingang in publizistische und wissenschaftliche Politikanalysen, in denen immer häufiger, wie zu Zeiten von Mosca, Pareto und Carl Schmitt, von der *politischen Klasse* (gelegentlich auch *Kaste*) die Rede ist, die eine – von Luhmann und seinen zahlreichen Jüngern systemtheoretisch gerechtfertigte - Eigengesetzlichkeit des Politikbetriebs in Gang hält, die mit den Bürgern und ihren Lebensinteressen wenig bis gar nichts zu tun hat.

Es ist in der Tat kaum zu übersehen, dass die Versammlung der *Volkvertreter* heute von einem wachsenden Teil des Volkes nicht oder nicht mehr als ihre Vertretung angesehen wird. Immer mehr Menschen in Deutschland haben den Eindruck, dass im Parlament *ihre*

Angelegenheiten gar nicht zur Sprache kommen. Sie fühlen sich mit ihren Interessen und ihren Anliegen weder durch die Parteien noch durch die Volksvertreter im Parlament repräsentiert. Das schlägt sich u. a. in den stetig wachsenden Nichtwählerzahlen und einer seit Jahren dramatisch sinkenden Mitgliederzahl der meisten Parteien nieder. Die beiden großen Parteien, die Union und die SPD, nennen sich zwar immer noch *Volksparteien*, repräsentieren aber, ausweislich der letzten Bundestagswahl, zusammen nicht einmal mehr die Hälfte der Wahlberechtigten. (Ähnliches gilt schon länger für die Demokraten und Republikaner in den USA, woran auch die Obama-Wahl nichts wesentlich verändert hat.) Und bei Landtags- und Kommunalwahlen ist bekanntlich die Wahlbeteiligung in aller Regel noch viel niedriger als auf der Bundesebene. Nimmt man hinzu, dass in allen Parteien – mit der bezeichnenden Ausnahme der rechtsradikalen! - die Rekrutierung der Mandatsträger vorzugsweise aus der gebildeten und ökonomisch einigermaßen abgesicherten Mittelschicht erfolgt, wird noch deutlicher, dass von einer halbwegs angemessenen Repräsentation aller Schichten im Parlament keine Rede sein kann. Wirkliche *Volksvertretungen*, das zeigt sich nahezu überall in Europa und in Nordamerika, sind die Parlamente nur noch in einem hochabstrakten, metaphorischen Sinn.

Wenn diese sich seit vielen Jahren abzeichnende Entwicklung anhält, ist abzusehen, dass die nationalen Parlamente in baldiger Zukunft nicht viel repräsentativer sein werden, als sie es zur Zeit des Zensuswahlrechts waren. Und das ohne jede diskriminierende Einschränkung des aktiven wie des passiven Wahlrechts! Freilich spielen heute für die Auslese der politischen Eliten bei uns (anders als in den USA) nicht mehr in erster Linie Besitz und Einkommen, sondern immer häufiger Bildungsfaktoren die entscheidende Rolle. Bei der hohen sozialen Selektivität unseres Bildungssystems läuft auch dies aber darauf hinaus, daß große Gruppen der Gesellschaft, vor allem die Unterschicht, im Parlament praktisch nicht vertreten sind. Dass das allgemeine Wahlrecht unter den herrschenden Bedingungen in etwa dasselbe Ergebnis zeitigt, das die frühen Republikaner und Demokraten von Montesquieu bis John Stuart Mill durch eine Bindung des Wahlrechts an den Nachweis von

Bildungsvoraussetzungen meinten sicherstellen zu müssen, gehört zu den merkwürdigen Ironien der Geschichte.

Für die Vertreter der sogenannten „realistischen“ Demokratietheorie, die, in den Worten Joseph A. Schumpeters, „in der Politik, auch und gerade in der Demokratie, ein Geschäft wie jedes andere“ erblicken, ist das Problem der Repräsentativität durch den Wahlakt immer schon gelöst. Das Volk spielt nach Schumpeter, Downs u.a. in der Demokratie nur die Rolle des Konsumenten, der zwischen zwei oder mehr alternativen Regierungsmannschaften wählen kann, ansonsten aber ins politische Geschäft nicht hineinzureden hat. In der Praxis kommt das Regime des politischen Unternehmers Silvio Berlusconi dieser Theorie vielleicht am nächsten. Freilich ist es eher unwahrscheinlich, dass sich die Menschen in den westlichen Gesellschaften auf Dauer mit der ihnen hier zugeschriebenen passiven Rolle als Politikkonsumenten zufrieden geben. Vielmehr zeigt die Geschichte, dass Krisen der Repräsentation so gut wie immer zu populistischem Widerstand, manchmal sogar zu veritablen populistischen Revolten führen.

Um dieser Gefahr zu begegnen, sind denn auch in Deutschland über das noch aus vordemokratischen Zeiten stammende Petitionsrecht hinaus in der jüngeren Vergangenheit eine ganze Reihe von Versuchen unternommen worden, den offenkundigen Mangel an Repräsentativität der parlamentarischen Demokratie zu kompensieren: so die Demokratisierung der Medienöffentlichkeit durch die Garantie von innerer und äußerer Meinungsfreiheit, durch regelmäßige Meinungsumfragen zu politischen Streitfragen oder durch die Schaffung von Gegenöffentlichkeiten; die Intervention der Intellektuellen zugunsten der politisch Stimmlosen; die Belebung der innerparteilichen und innerverbandlichen Demokratie; gewerkschaftliche Aktionen; die Bildung von Bürgerinitiativen; die Ausweitung partizipatorischer Formen der Demokratie z. B. in der Form der Mitbestimmung; die Inkorporation plebiszitärer Elemente in die parlamentarische Demokratie etc. Nicht zuletzt verfolgten auch der Ausbau des Sozialstaats und die Expansion des Bildungswesens den Zweck bisher unterrepräsentierte Schichten zur aktiven Beteiligung an der Demokratie zu befähigen. Vor

allein in den 60er und 70er Jahren hofften viele, auf diese Weise einzulösen, was Willy Brandt mit seiner ersten Regierungserklärung angekündigt hatte: *Mehr Demokratie wagen!* Freilich gelten heute, im Klima der neoliberal geprägten *Globalisierung* und unter der immer noch nicht überwundenen Herrschaft einer marktradikalen Ideologie, alle diese Versuche im allgemeinen als gescheitert, erscheint selbst ein äußerst reduzierter Anspruch auf politische Partizipation und Selbstbestimmung vielen angesichts einer entgrenzten kapitalistischen Ökonomie als illusionär oder zumindest kontraproduktiv.

Dabei könnte die Medienöffentlichkeit tatsächlich in einem gewissen Umfang den Ausschlusseffekt abnehmender parlamentarischer Repräsentativität kompensieren. Dass dies aber nur sehr unzulänglich geschieht, hängt vor allem damit zusammen, dass in den Medien dieselben Schichten dominieren, die auch im politischen System den Ton angeben, und dass sie, was die parteipolitischen, vor allem aber die ökonomischen Interessen angeht, keineswegs so unabhängig sind, wie sie es der Theorie nach sein sollten. Dies zeigt sich besonders deutlich in den Fernseh-Talkshows, die gewöhnlich nichts anderes zustande bringen, als die Sterilität der politischen Diskussion in den Parlamenten zu reproduzieren. Heute kommt hinzu, dass die Dominanz der Bildlogik dazu führt, dass in den Medien die für die Demokratie konstitutive argumentative Erörterung systematisch zu kurz kommt. Wo die Medien dennoch gelegentlich vom parlamentarischen und parteipolitischen System übergangene Interessenlagen und Probleme zur Sprache bringen, handeln sie sich vonseiten der etablierten Politik leicht den Vorwurf des „*Populismus*“ ein. Dasselbe gilt erst recht für Intellektuelle und Politiker, die den Konsens der im Bundestag versammelten Demokraten durchbrechen und öffentlich für die Interessen der sich wieder deutlicher abzeichnenden Unterschicht eintreten, für die wir neuerdings lieber die klinisch keimfreie Bezeichnung *Prekariat* verwenden.

Eine Zeitlang versuchten, beispielhaft im nachnapoleonischen Frankreich, Intellektuelle das Repräsentationsdefizit der liberalen Demokratie durch ihre öffentlichen Interventionen auszugleichen. Der klassische *linke* Intellektuelle von Zola bis Sartre, in jüngster Zeit auch

noch Bourdieu, nutzte seinen privilegierten Zugang zur Öffentlichkeit um jenen eine Stimme zu geben, deren Anliegen und Interessen in der parlamentarischen Demokratie nicht oder nicht angemessen zur Sprache kamen. Es war diese ihre Rolle als Sprecher und Fürsprecher der Stimmlosen, die die klassischen Intellektuellen zu *linken* Intellektuellen machte. In Deutschland standen die wenigen Intellektuellen dieses Typs während der Weimarer Republik meist den Sozialdemokraten oder den Kommunisten nahe. Nach 1945 unterstützten viele linke Intellektuelle die politischen Vorstellungen der SPD und später der Grünen. Heute freilich finden wir in Deutschland nur noch einzelne Exemplare dieser Gattung, und nicht wenige Soziologen sind heute der Meinung, dass sich der Intellektuelle als paradigmatischer Citoyen und Fürsprecher der Stimmlosen endgültig überlebt und seine Rolle an den *Experten* abgetreten habe.

Zumindest in einer der beiden großen Parteien der Bundesrepublik, nämlich der SPD, konnte man eine Zeitlang den Eindruck haben, dass der zunehmende Mangel an Repräsentativität im Parlament durch eine lebendige innerorganisatorische Demokratie wenigstens zum Teil kompensiert wurde. Vor allem in den 70er, abgeschwächt auch noch in den 80er Jahren war die SPD eine diskutierende Partei, deren politische Konzeptionen zumeist aus umfänglichen Erörterungen in allen Parteigliederungen unter Beteiligung von Tausenden von Mitgliedern entwickelt wurden. Die Mitarbeit in der Partei konnte in einem gewissen Umfang jenen Anspruch deliberativer und partizipatorischer Demokratie einlösen, der auf der Ebene des Parlaments durch die Professionalisierung der Politik mehr und mehr verloren gegangen war, obwohl auch hier wieder die gebildeten Schichten den Ton angaben. Bis zur Bildung der rot-grünen Koalition galt Ähnliches auch für *die Grünen*. Möglicherweise hatte Gerhard Leibholz Parteien dieses Typs vor Augen, Parteien, die über innerparteiliche Diskussionen und Willensbildung zu allen wichtigen Fragen der Politik Quasi-Plebiszite organisieren, als er davon sprach, dass die Demokratie des Grundgesetzes nicht eigentlich als repräsentative Demokratie, sondern als ein „Surrogat der direkten Demokratie im modernen Flächenstaat“ zu verstehen sei.



Heute ist freilich die Professionalisierung der Politik und damit zugleich die innere Entdemokratisierung der Parteien in der Regel so weit fortgeschritten, dass sie die ihnen von Leibholz attestierte Funktion kaum noch wahrnehmen. Heute dominieren unter den aktiven Mitgliedern aller Parteien die Profipolitiker und politischen Karrieristen. Politik ist sehr weitgehend eine Angelegenheit der Experten geworden, bei der die Laienmitwirkung des Citoyen und des einfachen Parteimitglieds fast nur noch als störend wahrgenommen wird. Übrigens gilt dies nicht nur für die Parteiführungen, sondern auch für die meisten Medien, die die Parteien fast immer noch an vordemokratischen Maßstäben wie *Geschlossenheit* messen. Unter diesen Bedingungen taugen die Parteien heute kaum noch als ‚Transmissionsriemen‘ zur Vermittlung der Volksmeinung ins parlamentarische System. Daran ändert auch das gelegentliche Auftreten des schon von Max Weber beschworenen Typs des charismatischen Parteiführers wenig, weil der charismatische Parteiführer, wie schon Weber erkannte, das in allem fügsame und weitgehend passive Parteimitglied zum Pendant hat.

In jüngster Zeit ist vorgeschlagen worden, plebiszitäre Elemente, wie sie in den Gemeindefassungen und Länderverfassungen vorgesehen sind, in die parlamentarische Demokratie auch auf der Ebene des Bundes einzufügen. Aber der Versuch der SPD und der Grünen eine entsprechende Änderung des Grundgesetzes durchzusetzen, ist an den Konservativen gescheitert, und eine neue parlamentarische Initiative dürfte auch kaum mehr Aussicht auf Erfolg haben, da inzwischen die Kluft zwischen der *im Namen des Volkes* gemachten Politik und dem *Volk* selbst noch einmal so bedrohlich angewachsen ist, dass die im Bundestag vertretenen Parteien von Plebisziten eine Blockierung ihrer Politik befürchten müssen. Den politisch interessierten Laien bleibt somit als Betätigungsfeld vor allem das breite Spektrum zivilgesellschaftlicher Initiativen, das sich seit den späten 60er Jahren in Deutschland entwickelt hat.

Die vielberedete und an sich durchaus zu begrüßende Aktivierung der Zivilgesellschaft kann freilich allein den Verfall des Politischen wohl

kaum entscheidend aufhalten. Einmal rekrutieren sich die Aktivisten der zivilgesellschaftlichen Initiativen in der großen Mehrzahl aus denselben Schichten, die auch bei den traditionellen Formen der Partizipation in der parlamentarischen Demokratie dominieren. Zum andern sollte nicht übersehen werden, dass, während auf der einen Seite der Bedeutungsverlust der Parlamente rasant fortschreitet und Politik auf dieser Ebene sich immer mehr im Nachvollzug von Entscheidungen erschöpft, die in demokratisch nicht oder nur schwach legitimierten Gremien wie der Europäischen Zentralbank, der Weltbank, dem Weltwährungsfonds, der World Trade Organisation, den G8- oder G-20-Treffen oder der EU-Kommission getroffen wurden, die Logik des Ökonomischen immer weiter in alle Lebensbereiche eindringt und so Möglichkeiten der autonomen politischen Gestaltung durch die Bürger versperrt.

Besonders handgreiflich wirkt sich heute die fortschreitende Privatisierung und Ökonomisierung öffentlicher Räume in den Kommunen aus. Wenn in immer mehr Gemeinden die Strom- und Wasserversorgung, die Abfallbeseitigung und –verarbeitung, der öffentliche Nahverkehr und schließlich auch noch die Wachdienste und Ordnungskräfte privatisiert werden und die verbleibenden öffentlichen Einrichtungen ganz und gar der ökonomischen Sachlogik unterworfen und damit entpolitisiert werden, kommen dem Bürger allmählich die Gegenstände abhanden, auf die sich sein demokratisches Engagement richten kann. Wenn sich aber derart die Substanz der Gemeindedemokratie verflüchtigt, verschwindet auf Dauer eines der wichtigsten Felder zur Einübung politischer Bürgertugenden – mit vermutlich weitreichenden Folgen für die politische Kultur in unserem Land.

Angesichts dieser Lage wird seit einer Reihe von Jahren wieder verstärkt an Hannah Arendt und ihre Konzeption des Politischen erinnert. Was am Arendtschen Begriff von Politik heute so anziehend wirkt, ist die Vorstellung eines freien, zur politischen Gesellung fähigen Bürgers, der sich zum Zwecke der Gemeinwohlerörterung über die Sphäre des Privaten und über den alltäglichen Lebenskampf erhebt und so erst

wahrhaft zum Citoyen wird. Freiheit in diesem politischen Sinn ist für Arendt ein Wert an sich, unabhängig von den Ergebnissen, die der politische Prozeß hervorbringt. Und in der Tat ist dies das Ideal des politischen Bürgers, wie wir es auch aus der Demokratiekonzeption des frühen Liberalismus kennen. Aber es konnte, wie die Geschichte zeigte, bisher nur in einer kurzen Phase der Geschichte wirksam werden, und zwar unter gesellschaftlichen Bedingungen, die die Organisation der Lebensfristung mitsamt der arbeitenden Bevölkerung in den vopolitischen Raum verbannten. Nur so war eine ausreichende soziale Homogenität und Unabhängigkeit der Wahlbürger zu bewerkstelligen, die die Politik weitgehend von parteilichen Interessen frei hielt.

In den 80er Jahren rückte das wachsende Unbehagen an der Etatisierung und Bürokratisierung der Politik die von der Politikwissenschaft lange vernachlässigten Vorstellungen bürgerlicher Freiheit, wie sie Hannah Arendt vertreten hatte, wieder deutlicher in den Blick. Für kurze Zeit erschien die Vision, die Hannah Arendt mit Thomas Jefferson und mit dem von ihr ansonsten nicht sehr geschätzten Jean-Jacques Rousseau teilte, *der Staat als Föderation sich selbst verwaltender politischer Kleingemeinschaften*, vielen – sowohl im konservativen als im liberalen und links-alternativen Sektor - als ein attraktives Gegenmodell zum demokratischen Parteien- und Dienstleistungsstaat.

Heute freilich haben wir es schon wieder mit einer anderen Problemlage zu tun als noch in den 80er und 90er Jahren, als neoliberale und libertäre Strömungen mit genuin populistischen konvergierten und den „keynesianischen Leviathan“ (Umberto Bossi, Jörg Haider) erfolgreich unter Beschuß nahmen. Einmal haben fast überall in Europa die Regierungen auf die massive Sozialstaatskritik und die zum Teil bewusst organisierte Krise der öffentlichen Finanzen mit dem als *Umbau* beschriebenen Abbau sozialer Sicherungen reagiert, freilich ohne dass dies zu einer merkbaren Reduzierung der Bürokratie geführt hätte. Zum anderen hat die neoliberal inspirierte Globalisierung der Ökonomie entsprechend der Maßgabe des *Washington Consensus* eine entscheidende Schwächung des sozialen Interventionsstaats erzwungen und zu einer dramatischen Entwertung der parlamentarischen

Demokratie geführt. Und die zur Bekämpfung der Finanzkrise erfolgten Interventionen des Staaten haben diesen in eine Verschuldung getrieben, die seine Handlungsfähigkeit ernsthaft bedroht.

Parlamentarische Politik erschöpft sich inzwischen weitgehend in der technokratischen Anpassung an Bedingungen, die die globalisierte Ökonomie, vor allem die großen internationalen Konzerne und das weitgehend anonymisierte Finanzkapital diktieren. Die durch die herrschende Form der Globalisierung erzwungene deutliche Abwertung des Nationalstaats hat zudem dazu geführt, dass in vielen Bereichen privates Vertragsrecht an die Stelle des öffentlichen Rechts getreten ist. Damit aber geht die klassische liberale, konservative und populistische Kritik am ausufernden Sozial-, Steuer- und Interventionsstaat, wie sie jüngst Guido Wersterwelle noch einmal vorgebracht hat, zunehmend ins Leere. Ob sich hier, mit Arthur Benz zu sprechen, eine „postparlamentarische Demokratie“ oder mit Colin Crouch eine „Postdemokratie“ ankündigt oder wir einem – ökonomistischen - „Totalitarismus neue Typs“ (Leo J. O’Donnovan) entgegengehen, ist schwer zu entscheiden.

Es ist alles andere als plausibel, daß der Rekurs auf einen Arendtschen Begriff des Politischen, das per Definition von der Sphäre des homo faber getrennt ist, bei dem es folglich nicht oder nicht in erster Linie um die Befriedigung von materiellen Bedürfnissen, sondern vordringlich um die Manifestierung der Freiheit selbst geht, dass also eine solche „interessenfreie Machtpolitik“ (Habermas) die Parlamente und Regierungen aus ihrer weitgehenden Abhängigkeit von der Dynamik einer globalisierten Ökonomie zu befreien vermöchte. Der selbstbewusste Citoyen, der nach Hannah Arendt diese und andere „Wunder“ zu bewirken imstande ist, ist unter unseren europäischen Bedingungen kaum anders denn als das Produkt sozialpolitischer und bildungspolitischer Anstrengungen denkbar, die freilich nur im Interessenkonflikt mit dem globalen Finanzkapital von einem selbstbewußten und handlungsfähigen Staat durchsetzbar sind.

In einigen Regionen der vormals so genannten Dritten Welt und in einigen Schwellenländern zeichnet sich zudem ab, dass erfolgreicher Widerstand gegen die gegenwärtig vom globalen Finanzkapital betriebene Unterwerfung der Welt zuallererst von der Bündelung und Politisierung der Lebensinteressen jener Menschen zu erwarten ist, die im Prozeß der Globalisierung systematisch marginalisiert werden. Und diesen Menschen ist ein Arendtscher Politikbegriff in der Regel ziemlich fremd. Für diese Menschen ist der Zweck der Politik nicht in erster Linie Freiheit, sondern zuallererst die Durchsetzung ihrer Lebensinteressen.

Dass sie sich zu diesem Ziel mit anderen vereinigen, dass sie von Objekten der Politik zu politisch denkenden und handelnden Subjekten werden müssen, ist zweifellos richtig. Aber die angesichts des aktuellen Verfalls des Politischen erforderlich erscheinende Neugründung der Freiheit kann sich für diese Menschen unmöglich in der institutionellen Absicherung eines Raums der Freiheit erschöpfen, sondern muß zwangsläufig auch Umverteilung von Macht, Besitz und Einkommen zum Inhalt haben, weil dadurch allererst die sozialen Voraussetzungen für die annähernde Ebenbürtigkeit der Citoyens geschaffen werden, die ein freies Gemeinwesen verlangt.

Erst wenn im größeren Rahmen der Primat der Politik gesichert ist, können zivilgesellschaftliche Initiativen und andere Formen partizipatorischer Politik ihre positive Wirkung voll entfalten. Ein solcher Rahmen kann aber, wenn überhaupt, nur durch eine Koalition parlamentarischer Parteien mit den sich bildenden globalisierungskritischen Widerstandsbewegungen durchgesetzt werden. Nur eine mächtige, hochorganisierte Bewegung, die im Konflikt mit dem Finanzkapital in Ansätzen eine neue europaweite, schließlich sogar globale Sozialordnung und ein neues weltweit sanktioniertes Recht zur Durchsetzung des Primats der Politik institutionalisiert, kann die Bedingungen schaffen, unter denen eine inhaltlich bedeutsame Form der politischen Partizipation und Selbstbestimmung wieder möglich wird. Ob eine solche grenzüberschreitende Bewegung in nächster Zeit zustande kommen kann, ist schwer zu sagen. So viel aber scheint mir

sicher, dass sie eher das Werk charismatischer Führer als das einer spontanen freien Gesellung von Bürgern sein wird.

In dieser Perspektive wäre es nützlich, die heute weithin übliche rein negative Bewertung des *Populismus* zu überdenken. Die meisten sich heute abzeichnenden globalisierungskritischen Revolten in der vormals so genannten Dritten Welt und in den Schwellenländern ähneln in der Tat eher populistischen Bewegungen wie der agrarpopulistischen *Populist Party* Ende des 19. Jahrhunderts in den USA als klassisch linken Bewegungen. Ihnen geht es vordringlich um die Verteidigung der Interessen von Kleinbauern und Kleingewerbetreibenden gegen das internationale Finanzkapital und gegen einen Staat, der allzu einseitig dessen Interessen vertritt. Dass solche Bewegungen fast immer auch zu politischem Manichäismus und zu Verschwörungstheorien, zuweilen gar zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, neigen, heißt keineswegs, dass sie nicht zu Bündnissen mit parlamentarischen Parteien fähig wären. Gerade in den USA haben populistische Strömungen immer wieder bewiesen, dass sie ihre ursprüngliche antietatistische Haltung überwinden oder zumindest abmildern und eine Koalition mit parlamentarischen und staatsinterventionistischen Parteien eingehen können. Es gibt keinen systematischen Grund dafür, daß – wie es heute in den USA der Fall ist – populistische Strömungen nur den Konservativen zugute kommen. Die *New-Deal*-Politik unter Franklin D. Roosevelt ist der beste Beleg dafür.

In der globalisierten Welt werden der Primat der Politik und damit auch so etwas wie demokratische Herrschaft ohne großregionale Koordination der Politik und ein Mindestmaß an rechtlich und politisch anspruchsvollem Global Government (statt bloßer Global Governance!) wohl nicht mehr möglich sein. Allerdings beschwört dies auch die Gefahr herauf, dass die traditionellen Probleme der Repräsentativität in womöglich verschärfter Form wieder hervortreten, indem sich eine global agierende, demokratisch schwer zu kontrollierende politische Expertokratie etabliert. Auf der anderen Seite sind unter Bedingungen des Primats der Politik Versuche, das Repräsentativitätsdefizit der parlamentarischen Demokratie durch plebiszitäre und partizipatorische

Momente zu kompensieren, wie es in Deutschland seit den 60er Jahren versucht wurde, weitaus aussichtsreicher als unter den zur Zeit herrschenden Bedingungen. Angesichts der wachsenden Kluft zwischen Regierung und Regierten, zwischen Parteien und Volk sollten solche Versuche heute unbedingt gemacht werden. Erhard Eppler hat recht, wenn er in der SZ vom 26.10.2010 angesichts der Massenproteste gegen Stuttgart 21 schreibt: „Wer jetzt nicht mehr Demokratie wagt, wird sehr viel mehr Polizei brauchen.“

Benutzte Literatur:

Johannes Agnoli/Peter Brückner, Die Transformation der Demokratie, Berlin 1967

Hannah Arendt, Über die Revolution, München 1986

Hannah Arendt, Was ist Politik?, aus dem Nachlaß hg. von Ursula Ludz, München/Zürich 1993

Arthur Benz, Postparlamentarische Demokratie? Demokratische Legitimation im kooperativen Staat, in: Michael Greven (Hg.), Demokratie – eine Kultur des Westens?, Opladen 1998

Antonia Grunenberg, Der Schlaf der Freiheit. Politik und Gemeinsinn im 21. Jahrhundert, Reinbek 1997

Wilhelm Hennis, Haben wir ein faules Parlament?, in: DIE ZEIT vom 22. 10. 1965

Gerhard Leibholz, Strukturprobleme der modernen Demokratie, Karlsruhe 1958

Leo J. O'Donovan, Tempi – Bildung im Zeitalter der Beschleunigung, Vortrag auf dem Bildungskongreß der Kirchen am 16.11.2000 in Berlin

Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt/New York 2007

Wilfried Röhrich, Die repräsentative Demokratie. Ideen und Interessen, Opladen 1981

Carls Schmitt, Der Hüter der Verfassung, Tübingen 1931

Josoph A. Schumpeter, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950

Max Weber, Politik als Beruf, in: Gesammelte Politische Schriften, Tübingen 1958